

Durchführung von Interviews behandelt – von der Kontaktaufnahme über Feldzugang bis hin zur Transkription.

Der Workshop profitierte von den weit reichenden Erfahrungen nicht nur der Referentinnen, sondern auch der übrigen TeilnehmerInnen. Dies galt insbesondere für die Herausforderung der Forschungspraxis im asiatischen Kontext, aber auch für die Möglichkeiten, welche die qualitative empirische Sozialforschung bietet. Die Abwechslung zwischen methodisch-theoretischem Input seitens der beiden Dozentinnen, Interviewübungen in Gruppenarbeit und die an den Bedürfnissen der Teilnehmenden orientierten Diskussionen lockerten die komplexen Inhalte des Workshops auf.

Den Teilnehmenden wurde insgesamt ein Einblick in die praktische Durchführung qualitativer Forschung mit Interviews ermöglicht, der über eine Einstiegs- oder Überblicksveranstaltung hinausging. Es bleibt zu hoffen, dass weitere fachlich Veranstaltungen folgen werden, um die Methodenkenntnis junger AsienwissenschaftlerInnen zu erweitern und die Gelegenheit zu bieten, sich zu vernetzen. Besonders die intensive Nutzung von angebotenen oder selbst organisierten Kolloquien muss hierbei empfohlen werden, weil sie gerade für die qualitative Sozialforschung von unschätzbarem Wert ist. Die Abschlussdiskussion zeigte die allgemeine Zufriedenheit der Teilnehmenden mit dem fünften Methodenworkshop der DGA Nachwuchsgruppe.

Magnus C. M. Brod

Thailands Demokratie in der Krise: Ursachen und Konsequenzen

Tagung der Forschungsgruppe Asien (FGA), Universität Trier, 26.-27.06.2010

Vom 26. bis 27. Juni 2010 fand in den Räumen der Volkshochschule Trier eine Tagung zur aktuellen Thailand-Krise statt. Die Veranstaltung zu diesem in Deutschland meist nur selten beachteten Thema wurde unter der Leitung von Dr. Patrick Ziegenhain und Jun.-Prof. Dr. Martin Wagener von den studentischen Mitgliedern der Forschungsgruppe Asien (FGA) an der Universität Trier organisiert. Finanzielle Unterstützung erhielt das Projekt durch den Lehrstuhl von Prof. Dr. Sebastian Heilmann, die Juniorprofessur, die Volkshochschule Trier und die Südostasien Informationsstelle im Asienhaus Essen.

Dr. Ziegenhain stellte zunächst in einem Einführungsvortrag die Entwicklung Thailands als konstitutioneller Monarchie mit parlamentarischem Regierungssystem besonders seit Beginn der Regierung des ehemaligen Premierministers Thaksin Shinawatra (2001) vor. Er beschrieb dabei den tief greifenden Wandel der thailändischen Innenpolitik nach dem Militärputsch von 2006, wobei schnell deutlich wurde, dass das politische System Thailands trotz des theoretischen demokratischen Anspruches in der Praxis viele autoritäre und teilweise korrupte Züge aufweist.

In der folgenden ersten Diskussionsrunde, die unter der Leitfrage, ob denn Thailand verloren sei, geführt wurde, zeigte sich, dass die Teilnehmer mehrheitlich zumindest in dem breiteren politischen Verständnis und der größeren Politisierung der thailändischen Gesellschaft einen positiven Effekt der seit 2006 nahezu ununterbrochen andauernden Auseinandersetzungen sahen. Dennoch resümierte Dr. Ziegenhain, dass die Schädigung der Demokratie durch den anhaltenden Vertrauensverlust gegenüber Regierung und Eliten keine kurzfristige, sondern eher eine dauerhafte Erscheinung sei.

Nina Wiesel von der Universität Trier verglich in ihrem Vortrag die beiden Verfassungen von 1997 und 2007. Sie untersuchte dabei eingangs deren Legitimation und erklärte, dass zwar die Verfassung von 2007 bei einer Volksabstimmung unter Aufsicht des Militärs angenommen wurde, dass aber erhebliche Mängel bei der Legitimation der verfassungsgebenden Versammlung und des Verfahrens der Ausarbeitung auch im Vergleich zur Verfassung von 1997 bestünden. Bei beiden Entwürfen wären diverse Bürgerrechte wie die Versammlungs- und Redefreiheit eingeschränkt worden. Zudem habe der Entwurf von 2007 das Parlament zugunsten unabhängiger Verfassungsorgane wie dem Verfassungsgericht geschwächt. Während auf der horizontalen Ebene der Gewaltenteilung demokratische Zugewinne in der aktuellen Verfassung zu verbuchen wären, würden diese aber durch die vertikalen Einbußen bei der Mitbestimmung deutlich übertroffen.

Auch Dr. Wolfram Schaffar von der Universität Hildesheim setzte sich bei seinen Ausführungen mit Fragen des politischen Systems auseinander. Er behandelte hierbei die immer stärkere Juridifizierung der thailändischen Politik, die er in Anlehnung an die kritische Demokratietheorie als ein Problem des Systems an sich und nicht nur als funktionale Frage begriff. Der Referent schilderte in der Folge, wie es zu einer bewusst herbeigeführten Fragmentierung der Souveränität auf Kosten des Parlaments gekommen sei. Diese Ansätze für eine Zurückstufung der Legislative wären dabei in beiden Verfassungen, der von 1997 und der von 2007, zu finden.

Die Diskussion, welche sich an die Erläuterungen von Dr. Schaffar anschloss, thematisierte besonders die Rolle des Verfassungsgerichts. Der Referent zog den Schluss, dass nur eine fundamentale Veränderung der Zustände der weiter wachsenden Juridifizierung Thailands Abhilfe schaffen könnte.

Corinna Johannsen von der Universität Trier machte in ihrem Vortrag auf die Zerstrittenheit der thailändischen Eliten aufmerksam. Diese hätte einen erheblichen Anteil am Zustandekommen der kritischen Situation im Land gehabt. Zwar wäre die relative Einigkeit der Oberschichten, die durch die Asienkrise von 1997 hervorgerufen wurde, schnell wieder hinfällig gewesen, der innere Dauerkonflikt sei aber erst nach dem Militärputsch von 2006 wieder wirklich offen zutage getreten.

In der nachfolgenden Fragerunde wurde zwar die Notwendigkeit einer nicht geeinten Elite für den Beginn eines Transformationsprozesses von autokratischen

hin zu demokratischen Systemen festgestellt, aber auch auf die Bedeutung einer Konfliktbeilegung innerhalb der Führungsschichten hingewiesen, ohne die eine langfristige politische Stabilität nicht zu erreichen wäre.

Dr. Paul Chambers, Lehrbeauftragter an der Universität Heidelberg, widmete sich bei seinen Ausführungen dem Einfluss des Militärs in der thailändischen Politik. Er hob dabei vor allem die Wichtigkeit des von Militärs geführten Thronrates hervor und verwies auf die seit den frühen 1990er Jahren gesunkene Rolle der Streitkräfte, die erst durch den Putsch und die damit erfolgte Ablösung von Premierminister Thaksin wieder deutlich angewachsen sei.

Im Anschluss wurde auch die innere Zersplitterung der Armee thematisiert. Dr. Chambers verwies auf die große Rolle der verschiedenen Klassen der Militärakademie, deren Absolventen innerhalb von Heer und Polizei wichtige Seilschaften bilden würden.

Bei der Gesprächsrunde, die zum Ende des ersten Tages der Veranstaltung stattfand, wurde zeitweise sehr emotional über die jüngsten Demonstrationen in Bangkok diskutiert. Dr. Oliver Pye von der Universität Bonn berichtete aus erster Hand von seinen Interviews mit Rothemden vor Ort. Außerdem wurde von Dr. Alexander Horstmann vom Max-Planck-Institut die politische Farbenlehre der beiden rivalisierenden Lager genauer betrachtet und eine teilweise Republikanisierung des sehr heterogenen roten Lagers festgestellt.

Der zweite Teil der Tagung begann mit dem Vortrag von Jun.-Prof. Dr. Martin Wagener von der Universität Trier, der sich intensiv mit dem Grenzkonflikt Thailands und Kambodschas auseinandersetzte. Er erinnerte an den historisch aufgeladenen Streit der beiden Länder um die Tempelanlage von Preah Vihear und thematisierte die verschiedenen Schusswechsel an der Grenze, die bislang insgesamt acht Tote und zahlreiche Verwundete gefordert hätten. Als treibende Kraft bei der Eskalation des Konfliktes machte er den autoritär regierenden kambodschanischen Premierminister Hun Sen aus.

In der anknüpfenden Debatte wurde auf die innenpolitische Dimension des Streites in Thailand selbst aufmerksam gemacht. Sowohl die Rothemden wie auch die People's Alliance for Democracy (PAD) hätten klar nationalistische Töne angeschlagen und die zeitweise von der Regierung Samak Sundaravej gezeigte Kompromissbereitschaft gegenüber Phnom Penh heftig angegriffen.

René Jaquett von der Universität Trier fasste bei seinen Ausführungen die Zusammenhänge zwischen den Grundsätzen der „Good Governance“ und der Ausstattung und Verfügbarkeit des Internets in Thailand zusammen. Er problematisierte die teilweise repressive Überwachungspolitik der thailändischen Regierung, die vor allem versuche, den Straftatbestand der Majestätsbeleidigung im Internet zu verfolgen.

Im Zuge der anschließenden Gesprächsrunde wurde deutlich gemacht, dass die regionalen Unterschiede bei der Ausrüstung mit funktionsfähigen Internetzugängen eine beträchtliche Rolle spielen würden. Auch die thailändische Regierung hätte aber unter Sicherheitsmängeln zu leiden, was sich beispielsweise an den gegenwärtigen Problemen der Internetpräsenz des thailändischen Senates äußern würde.

Zuletzt stellte Karoline Herrmann (Universität Trier) den Ansatz einer Power-Sharing-Politik zur Lösung der ethnischen Konflikte in Süd-Thailand vor. Als grundlegendes Problem zur Anwendung einer solchen Strategie zur Konfliktbeilegung identifizierte sie den zentralstaatlichen und mehrheitsdemokratischen Charakter der Verfassung Thailands. In der Stärkung von konsensdemokratischen Elementen wie der Verhältniswahl sowie in der Etablierung einer demokratischen islamischen Partei, die als Gesprächspartner der Regierung in Bangkok fungieren könnte, sah die Referentin die wichtigsten Maßnahmen bei der Schaffung von Grundlagen für die Aufteilung der Regierungsgewalt mit dem Ziel einer längerfristigen Versöhnung der Konfliktparteien.

Obwohl auch der Gedanke einer Föderalisierung und Machtaufteilung in Thailand von der überwiegenden Zahl der Tagungsteilnehmer als zumindest in den kommenden Jahren unwahrscheinlich zurückgewiesen wurde, machten in der Abschlussdiskussion noch einmal mehrere Referenten auch auf die gestärkte politische Streitkultur im Gefolge der Politisierung des ganzen Landes aufmerksam. Ob Thailand besonders nach dem möglichen Tod seines lange Zeit allgemein anerkannten aber schwer kranken Königs auf einen Bürgerkrieg zusteuert oder ob sich nach einer Krisenzeit doch noch eine stabilere demokratische Gesellschaft etablieren könnte, war natürlich auch abschließend von keinem Teilnehmer mit Sicherheit vorherzusehen.

Holger Alisch